

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2000

– Drucksachen 14/1400 Anlage, 14/1680, 14/1909, 14/1922, 14/1923, 14/1924 –

hier: Einzelplan 09

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 09 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird in der Titelgruppe 12 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – im Titel 882 82 – Zuweisungen an Bayern, Bremen, Hessen, Saarland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen – die Verpflichtungsermächtigung um 95 000 TDM auf 350 000 TDM erhöht,

davon fällig:

Haushaltsjahr 2001 bis zu	145 000 TDM
Haushaltsjahr 2002 bis zu	115 000 TDM
Haushaltsjahr 2003 bis zu	90 000 TDM

Berlin, den 23. November 1999

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Begründung

Im Planungsausschuss der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und in der Wirtschaftsministerkonferenz stimmen der Bund und die Länder seit längerem überein, dass der regionalpolitische Handlungsbedarf auch in den alten Ländern größer geworden ist und durch die Einführung der einheitlichen europäischen Währung und die Osterweiterung weiter ansteigen wird. Deutschland wendet sich deshalb gegen die Bestrebungen der Europäischen Kommission, seinen Handlungsspielraum in einem nicht hin-

nehmbarer Maße einzuschränken. Wie leider zu erwarten war, hat sich die alte Kommission gegenüber diesen Argumenten als nicht zugänglich gezeigt und gegen die am 25. März 1999 vom GA-Planungsausschuss beschlossene Gebietskulisse für den Zeitraum 2000 bis 2003 ein Prüfverfahren eingeleitet.

Leider schlägt sich der Konsens der Länder mit dem Bundeswirtschaftsminister über die Notwendigkeit der Regionalförderung auch in den alten Ländern nicht im Bundeshaushalt nieder. Dies ist umso bedauerlicher, als gerade für die anstehende Diskussion mit der neuen Kommission durch eine problemadäquate Mittelausstattung der GA-West gezeigt werden müsste, welchen Wert Deutschland der Regionalpolitik beimisst.

Deshalb ist es trotz der Notwendigkeit von Sparbemühungen auf Bundesebene der falsche Ansatz, bei der Förderung von Investitionen und damit von Arbeitsplätzen in den strukturschwachen Gebieten zu sparen, wie dies die Bundesregierung bei der GA-West im Zeitraum 2000 bis 2003 mit einer Kürzung der Haushaltsansätze um 133 Mio. DM gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung vorsieht.